

Eberhard Aurich
Christa Streiber

Dialog mit Matthias Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) – 04.12.2015

AN:
Matthias Schmidt
Mitglied des Deutschen Bundestags
SPD-Fraktion

Sehr geehrter Matthias Schmidt,
Sie haben noch in dieser Woche eine sehr schwierige Entscheidung zu treffen. Die Bundesregierung möchte, dass Sie als Abgeordneter des Deutschen Bundestags kurzfristig einem Kriegseinsatz der Bundeswehr gegen den sogenannten IS zustimmen. Wir sind überzeugt, wie wir Sie kennen, Sie werden das Für und Wider gründlich abwägen und Ihre persönliche Entscheidung verantwortungsbewusst treffen.

Wir möchten Sie deshalb ganz herzlich bitten, diesem Kriegs-Einsatz der Bundeswehr nicht zuzustimmen.

Die ZEIT schrieb vor einigen Tagen „Neue Politik statt neuen Krieg“. Das ist auch unsere Meinung! Wer Schaden von unserem Volk abwenden will, darf nicht neue terroristische Vergeltung provozieren. Dieser kriegerische Ansatz ist doch seit Bushs Anti-Irak-Feldzug gründlich in die Hose gegangen. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder verweigerte damals den Amerikanern seine Gefolgschaft. Das war voll und ganz richtig. Angela Merkel wurde damals auf Karnevals-Umzügen als Bushs Arschkriecherin karikiert. Sie wollen doch nicht etwa heute eine Geisel von Obama oder Hollande werden! Es gibt ja für den Einsatz nicht einmal ein UN-Mandat!

Was haben denn die Feldzüge gegen Afghanistan und Irak, gegen Libyen gebracht? Milliarden Dollar und Euro wurden in den Sand gesetzt, Staaten zerfielen, die Armut in der arabischen Region nahm zu, Millionen fliehen von dort nach Europa. Tausende amerikanische, britische, französische und deutsche Soldaten starben oder wurden zu körperlichen oder seelischen Krüppeln. Der Hass in der Region auf den Westen wuchs weiter. Der Terror weitete sich gar aus. Sie haben ja sicher auch nicht die Anschläge von London und Madrid vergessen. Jetzt will es Hollande in einer großen Koalition richten und den IS militärisch besiegen. Das wird nicht gelingen, weil die Basis des IS kräftig weiter gefördert wird. Die Armut in der Region nimmt weiter zu, die heranwachsende arabische Jugend hat weder in ihrer Heimat noch in den Vorstädten von Paris eine echte Chance. Sie eilen quasi zum Dschihad. Der Interessenkonflikt aller beteiligten Staaten wird auf dem Rücken von Menschen

ausgetragen. Die USA wollen bestimmen, was dort geschieht, Russland auch und wehrt sich. Großbritannien und Frankreich als ehemalige Kolonialmächte der Region haben ihre Interessen. Syrien kämpft ums staatliche Überleben. Saudi-Arabien und Katar reiben sich die Hände mit Geld und bekommen mühelos Waffen aus Deutschland. Die Türkei sitzt an einem Machthebel und bedient ihn kräftig, um Europa zu hofieren, am Ölhandel des IS zu verdienen und die eigenen Kurden in Schach zu halten. Der Iran schien schon für immer ausgestoßen, jetzt wird er gebraucht. Und Israel gibt es ja auch noch, die Palästinenser scheinen schon vergessen. Allein, um diese Interessen unter einen Hut zur Befriedung der Region zu bringen, bedürfte es ganz anderer Mittel als Tornados, es bedarf einer neuen Politik und viel Geld, um die Region aufzubauen und sich entwickeln zu lassen. Und es darf nicht vergessen werden, dass der Hass auf den Westen nicht nur aus der Demütigung der Araber durch den Westen, sondern auch aus der Demütigung der arabischen Jugend in Westeuropa resultiert. Wir haben die Brände in den Pariser Vorstädten noch nicht vergessen.

Jetzt mit neuen Bomben zu reagieren, ist keine Strategie. Sie wird scheitern wie alle Militäreinsätze seit 2001. Selbst Steinmeier geht ja jetzt von einem langen militärischen Kampf aus. Da könnte man auch eine andere langfristige Strategie entwickeln, die Frieden und Wohlstand bringt. Und es wächst zudem die Gefahr, dass auch Deutschland Ziel terroristischer Angriffe wird.

Das alles sollten Sie bei Ihrer Entscheidung bedenken.

Wir wiederholen unsere Bitte: Stimmen Sie gegen diesen Einsatz der Bundeswehr!

Mit herzlichen Gruß

Eberhard Aurich
Christa Streiber
Berlin, 01.12.2015

Antwort von Matthias Schmidt

Sehr geehrte Frau Streiber,
sehr geehrter Herr Aurich,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre gestrige Email, mit der Sie mich bitten, gegen den Bundeswehreinsatz in Syrien zu stimmen. Es ist in der Tat eine schwierige Entscheidung für jeden einzelnen Abgeordneten. Darum bin ich sehr dankbar für Ihre Argumente, die selbstverständlich in meine Entscheidung mit einfließen.

Meine Fraktion hat gestern zweieinhalb Stunden sehr intensiv über diesen Auslandseinsatz diskutiert und gestritten. Ich habe in meiner Wortmeldung darauf verwiesen, wie sehr die anstehende Abstimmung auf meinem Gewissen lastet. Ich hätte mir für eine Entscheidung dieser Tragweite mehr Zeit gewünscht; andererseits liegen alle Karten auf dem Tisch. An meinem Gewissenskonflikt würde sich vermutlich in zwei Wochen auch nichts geändert haben.

Ich habe in meiner Fraktion argumentiert, dass jede Entscheidung letztendlich auf einer Balkenwaage getroffen wird. Auf der einen Seite liegt das "Für", auf der anderen das "Wider". Das Gewicht jeden Arguments auf dieser Balkenwaage beurteilt jeder ein wenig anders.

Sie haben in Ihrer Argumentation lediglich die Gegenseite beleuchtet. Im Großen und Ganzen teile ich diese Argumente. Ich habe in der Fraktion darauf verwiesen, dass niemand bisher schlüssig darlegen konnte, dass Luftschläge dem sogenannten Islamischen Staat (IS) bisher in der Substanz geschadet hätten, obwohl die Operation bereits über ein Jahr läuft und mehr als 16.000 Ziele angegriffen wurden. Stattdessen beobachte auch ich eine Radikalisierung der entsprechenden Jugendlichen, beispielsweise in Frankreich.

Wer sich gleichwohl mit dem Status quo nicht abfinden möchte, muss Alternativen benennen. Sie nennen dies "neue Politik", ohne dies genauer zu spezifizieren. Da Sie auch die Vielzahl der unterschiedlichen Interessen in der Region beschreiben, sehen Sie auch die Komplexität dieser Aufgabe. Hier blenden Sie aus, dass auch die Befürworter der Luftschläge diese niemals als einzige Handlungsoption sehen. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages befürworten die in Wien laufenden Verhandlungen mit allen Beteiligten, die sich mühsam voran bewegen. Dass momentan ausgerechnet die zukünftige Rolle Assads im Mittelpunkt des medialen Interesses steht, zeigt die Verhandlungsprobleme in ungeschminkter Form.

Zur zweiten Seite meiner Balkenwaage: Dort liegt der verständliche, französische Wunsch nach Solidarität. Der französische Ruf nach deutscher militärischer Beteiligung ist meines Erachtens symbolisch zu nennen und zu verstehen. Tatsächliche Kampfhandlungen werden eher nicht erbeten. Gleichwohl treibt mich die Sorge um, was die deutsche Öffentlichkeit nach einem denkbaren Anschlagsszenario in unserem Land fordern wird. Wenn wir uns nun an der Luftoperation beteiligen, bleiben dann etwa nur noch Bodentruppen? Diese drohende Spirale der Gewalt treibt mich ebenso um.

Hinzu kommt, dass Europa nach mehreren Rückschlägen in den vergangenen Monaten ohnehin wenig geschlossen und stark auftritt. Wenn nun ausgerechnet das deutsch-französische Verhältnis - mithin der Kern von Europa - auf eine Belastungsprobe gestellt wird, weil wir Solidarität verweigern, so wäre dies für Europa ein weiterer herber Rückschlag.

Die Folgen meiner Entscheidung auf der Balkenwaage müssen 1.200 deutsche Soldaten umsetzen. Dies ist der Punkt, der mein Gewissen am meisten belastet. Darum bin ich im Ergebnis meiner gestrigen Entscheidung in der Fraktion zu einem "Nein" gekommen und habe dieses abweichende Stimmverhalten in der fraktionsinternen Abstimmung auch begründet.

Ich bitte Sie allerdings um Verständnis, dass mein endgültiges Stimmverhalten für Freitag noch offen ist. Auch dies habe ich in meiner Fraktion dargelegt. Ich werde heute und am Freitag den Debatten im Bundestag aufmerksam folgen. Für Donnerstag habe ich zwei Gesprächsrunden von Parlamentariern einberufen und freue mich auf offene und klare Worte im Kollegenkreis. Die Richtung meiner Entscheidung habe ich durch mein offenes Votum in meiner Fraktion vorgegeben.

Das abschließende Votum muss ich mit mir und meinem Gewissen alleine ausmachen und danke Ihnen nochmals für Ihre wertvollen Gedanken, Anregungen und Argumente. Ich hoffe, dass Sie - so oder so - am Ende meine Entscheidung respektieren und dass Sie erkennen, dass ich diese Entscheidung so gut es geht durchdenken und abwägen möchte.

Für weitere Gespräche und Austausch von Gedanken bin ich jederzeit offen und empfänglich.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Schmidt, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin
02.12.2015

Matthias Schmidt hat am 04.12.2015 im Deutschen Bundestag mit NEIN gestimmt.

Daraufhin haben wir ihm geschrieben:

Sehr geehrter Matthias Schmidt, mit Respekt haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie heute gegen den Bundeswehreinsatz gegen den IS gestimmt haben. Wir danken Ihnen sehr, wohl wissend, wie Sie die Argumente des Für und Wider abgewogen haben. Da der Einsatz dennoch von 445 Abgeordneten beschlossen wurde, wird es nun wohl darauf ankommen, diesen kritisch zu begleiten, damit sich der zu erwartende Schaden für uns alle in Grenzen hält. Vor allem aber wird notwendig sein, die anderen Wege zur Bekämpfung des IS energischer zu gehen: Wirtschaftliche Isolierung des IS und Unterbrechung der Finanzströme, Kontensperrungen, Stopp des Ölhandels über die Türkei, Embargo gegen alle Unterstützer des IS, Stopp der Waffenlieferungen in die Region. Auch scheint es uns dringend geboten, in Frankreich, Deutschland und anderswo mehr dafür zu tun, dass arabische Jugendliche hier, aber vor allem in ihrer Heimat eine Perspektive bekommen. Dazu müssen dringend Entwicklungshilfe-Programme auf den Weg gebracht werden. Die Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten für die in Deutschland Asylsuchende müssen dringen verbessert werden. In Deutschland muss verhindert werden, dass diese Jugendliche in Ghettos leben. Frankreich sollte da ein abschreckendes Beispiel sein. Die Wiener Konferenz muss zu einem guten Ziel geführt werden. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit mit Russland, mit China, mit dem Iran, auch mit Syrien und natürlich auch mit der Türkei. Die UNO muss eine größere Rolle spielen, das Flüchtlingswerk der UN finanziell gestärkt werden. Wir sind sicher, dass Sie sich für alle diese Schritte energisch in Ihrer Fraktion einsetzen werden.

Sehr geehrter Herr Schmidt, damit nicht neue Missverständnisse aufkommen, möchte ich Sie um Ihre Zustimmung bitten, unseren Dialog auch auf meiner Internetseite dokumentieren zu dürfen. Wir halten diesen Gedankenaustausch für bemerkenswert offen und ehrlich und wollen gewiss uns wieder an Sie wenden, wenn wir meinen Ihnen Unterstützung geben zu können.

Mit herzlichen Gruß und dem Wunsch nach einen entspannten 2. Advent für Sie und Ihre Frau!

*Christa Streiber
Eberhard Aurich*

Seine Antwort:

Sehr geehrte Frau Streiber, sehr geehrter Herr Aurich,

ich finde es gut, dass Sie nachfragen, es war ja doch ein persönlicher Schriftwechsel. Gerne dürfen Sie diesen veröffentlichen. Ich selbst werde (z.B. auf Facebook) jedoch keine Artikel einstellen und keine offensive Pressearbeit betreiben. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, mich über die Kollegen zu stellen, die - nach ebenso reiflicher Überlegung - mit "Ja" gestimmt haben.

Die Abstimmung ist mir wirklich nicht leicht gefallen, sie wird mir auch noch einige Zeit "in den Kleidern" stecken. Gleichwohl bin ich überzeugt, das Notwendige und Richtige getan zu haben.

Glücklicherweise ist dieser Sonntag mal einer der ganz wenigen Tage in meinem Kalender, die völlig frei sind. Ich glaube, den Tag brauchen mein Körper und ich nun auch.

*Ihnen auch ein erholsames zweites Adventswochenende.
Alles Gute
Ihr Matthias Schmidt*